

DER TAGESSPIEGEL

AnsichtskATER



VON HATICE AKYÜN

Man reiche mir eine Krone

Ich gebe es zu, ich beschäftige mich sehr gern mal nicht mit Krieg, Brexit, Rassismus und meiner Altersvorsorge. Stattdessen widme ich mich für einige Stunden genüsslich den Familiengeschichten aus dem britischen Königshaus. Dabei kann ich mich im Gegensatz zu den Briten noch glücklich schätzen, denn die müssen das Hoftheater über Steuern mitfinanzieren, während ich es kostenlos frei Haus geliefert bekomme. Ein bisschen verstehe ich es also, wenn das Volk „not amused“ darüber ist, dass sich Prinz Harry und Meghan aus dem royalen Staub machen, schließlich zahlt es für die Vorstellung.

Aber mal im Ernst: Was geht es uns eigentlich an, wenn die beiden offenbar gemeinsam beschließen, sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen? Und haben wir der bürgerlichen Braut, die aus bescheidenen Verhältnissen stammt, nicht gerade noch vorgeworfen, nur scharf auf Harrys Kohle zu sein? Und wenn schon? Wer von uns Harry nicht geheiratet hätte, werfe den ersten Strass-Stein.

Als Jugendliche saß ich mit meiner Schwester vor dem Fernseher und schaute die Hochzeit von Prinz Charles und Diana. Wir schmolzen einerseits dahin, aber hatten auch Mitleid mit Diana, die so tieftraurig aussah, obwohl sie doch den Traum vieler Mädchen leben dürfte. Glücklicherweise sah sie nun wirklich nicht aus, als sie den begehrtesten Jungesellen nach Roger Moore als James Bond geheiratet hat. Sie gab Mädchen wie mir das Gefühl, dass wir wie sie sein könnten, nur, dass sie jetzt eben den Prinzen heiratet und nicht in einer Zechensiedlung in Duisburg lebt.

Es sind diese Bilder, die heute wie aus der Zeit gefallen wirken: Hinter Absperrgittern drängen sich Menschen und davor ein Paar, das sich mit den Zuschauern hinter der Barriere unterhält, Blumen entgegennimmt, sich zu kleinen Kindern bückt, und den perfekten Smalltalk beherrscht. Für das 21. Jahrhundert sieht das schon sehr seltsam aus, und ich kann verstehen, wenn Harry und Meghan das nicht mehr wollen.

Diana lehnte sich gegen die Traditionen auf und brachte das Königshaus an den Rand der Verzweiflung. Mit ihrer unzerstörbaren Freundlichkeit hat sie uns, die normale Welt, erobert. Nur ihr beharrliches Aufbegehren machte die Hochzeit von Prinz Harry und einer geschiedenen, bürgerlichen Frau wie Meghan überhaupt erst möglich. Sie war es, die eine Brücke vom Palast zum Volk geschlagen hat. Und Sohn Harry läuft nun über diese Brücke in die Selbstständigkeit. So kommt es einem völlig normal vor, dass Harry kein Anhängsel geheiratet hat, sondern eine starke, unabhängige Frau. Mit Meghan ist eine Frau ins Haus Windsor eingezogen, die dem Wort „Normalität“ noch mal einen draufsetzt.

Denn im Gegensatz zu Diana wusste Meghan genau, worauf sie sich einlässt. Sie hat die nötige Lebenserfahrung, um sich nicht wie die junge Diana vom Königshaus bevormunden zu lassen. Harry hat im Gegensatz zu seinem Vater eine Frau auf Augenhöhe geheiratet. Es würde Diana bestimmt gefallen, dass ihr eigenes Martyrium nun zu einem Happy End kommt. Wie bei ganz normalen Leuten eben, die einen Partner oder eine Partnerin heiraten, über die die Familie die Nase rümpft.

Prinz Harry wäre sowieso nie König geworden, da muss er sich das ganze Getue auch nicht antun. Ich freue mich jedenfalls über die Entwicklung und warte sehnsüchtig auf die nächsten Geschichten. Denn wenn es bei Royals letztlich auch nur zugeht wie bei Tante Erna und Onkel Osman, kann man sich auch selbst wahrlich königlich fühlen.

ANZEIGE

STUTTMANN



Glowahlisierung

Im Superwahljahr 2020 geht es weltweit um Grundsätzliches – nicht nur in den USA

VON MICHAEL BRÖNING

Vorwahlen, Konfettiregen, milliardenschwere Werbeschichten und ein drohendes Impeachment: Am 3. November werden bei der US-Präsidentenwahl die Stimmen ausgezählt und bis dahin wird jede kleine Pirouette des großen Wahlzirkus' weltweite Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Das Interesse ist berechtigt. Doch bei aller Faszination mit Trump & Co gerät dabei aus dem Blick, dass in den kommenden Monaten noch andere Richtungswahlen anstehen.

Auf 60 kommende Parlamentswahlen weist die amerikanische International Foundation for Electoral Systems, die Abstimmungen weltweit erfasst. Von Trinidad über Ghana und Israel bis nach Polen und Südkorea: Auf sechs Kontinenten werden Menschen in mal mehr, mal weniger demokratischen Staaten ihre Stimmen abgeben.

Doch nicht in erster Linie zahlenmäßig steuert die Welt auf ein Superwahljahr zu, sondern vielmehr politisch. Denn in den kommenden Monaten wird in einer ganzen

Die Wahl in Taiwan gerät zum China-Referendum

Reihe von neuralgischen Punkten gewählt mit weitreichenden Konsequenzen.

Beispiel Taiwan. Am Wochenende stellt sich die liberale Amtsinhaberin, Präsidentin Tsai Ing-wen, dem Herausforderer der konservativen Kuomintang Partei. Deren Spitzenkandidat Han Kuo-yu inszeniert sich als volksnaher Macher, seit er in Kommunalwahlen im Dezember 2018 überraschend zum Bürgermeister der zweitgrößten Stadt der Insel gewählt wurde.

Vordergründig dreht sich im Wahlkampf vieles um Wirtschaftsfragen. Doch faktisch hat sich die Abstimmung zu einem Referendum über das Verhältnis zu China entwickelt – auch weil die Wirtschaftsbeziehungen zum Festland so eng sind. Während die Amtsinhaberin auf größere Unabhängigkeit setzt, sucht Han eine Annäherung an Peking, was dort mit Genugtuung aufgenommen wird. Das Ergebnis ist offen. Zwar sehen Umfragen die Amtsinhaberin vorn, doch in Taiwan gilt Meinungsforschung als unzuverlässig und parteiisch eingefärbt. Deshalb hatte Han seine Unterstützer zuletzt aufgefordert, sich

Meinungsforschern gegenüber als Anhänger seiner Konkurrentin auszugeben, um Prognosen die Grundlage zu entziehen. Klar ist deswegen allenfalls, dass der Wahlausgang die Lage im südchinesischen Meer auf Jahre prägen dürfte und ein nicht zu unterschätzendes Eskalationsrisiko birgt.

Eine entscheidende Rolle spielt China auch für die Legislativratswahlen in Hongkong im September. Wegen der Massenproteste waren schon die Bezirkswahlen im November ein weltweites Politikum. Der Legislativrat ist bedeutender, deshalb rechnen viele Beobachter mit erneuten Spannungen, entweder durch das Wahlergebnis oder durch eine mögliche Verschiebung der Abstimmung mittels Druck aus Peking. In jedem Fall dürfte sich die Wahl auch auf die Wahrnehmung Chinas in der Region auswirken.

Die für den 21. Februar angesetzten Parlamentswahlen in Iran hingegen werden derzeit unmittelbar von den Vereinigten Staaten beeinflusst. Nach der blutigen Niederschlagung der Proteste Ende 2019 kommt dem Wahlgang große Bedeutung zu. Denn obwohl von freien und fairen Wahlen in der Islamischen Republik keine Rede sein kann, dienen Urnengänge dem Regime stets dazu, öffentliche Legitimation unter Beweis zu stellen. Ein entscheidender Faktor dabei ist die Wahlbeteiligung, die in Anbetracht der bestehenden Beschränkungen fast mehr über die Stimmung im Land verrät als das Ergebnis. Bislang gingen Beobachter von vielen Enthaltungen aus. Doch angesichts der aktuellen Spannungen könnten sich die Reihen um das Regime schließen. Dann könnten die Wahlen dem Regime statt eines Denkkzettels eher Unterstützung zukommen lassen und dessen regionale Ambitionen befeuern.

Ungewissheit auch in Lateinamerika: In den zurückliegenden Monaten hat der Kontinent massive Umbrüche erlebt. Bis Ende des Jahres werden nun in Peru und Venezuela die Parlamente, in Bolivien der Präsident und in Brasilien die Kommunalvertretungen neu gewählt – ein Stimmungstest für Brasiliens umstrittenen Präsidenten Jair Bolsonaro.

Doch Wahlen 2020 versprechen mehr als Krise und Risiko. In Äthiopien etwa sollen im Mai die ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes stattfinden. Premierminister Abiy Ahmed hat das Land seit seiner Amtsübernahme vor eineinhalb Jahren geöffnet und wurde für die Aussöhnung mit Erzfeind Eritrea mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Nun wird sich zeigen, ob er das Land auch im Inneren befrieden kann.

Und noch eine weitere Hoffnungsträgerin wird sich 2020 beweisen müssen: Seit ihrer Amtsübernahme hat sich die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern zu einer progressiven Ikone entwickelt. Mit 37 Jahren wurde sie vor zweieinhalb Jahren an der Spitze einer Dreierkoalition jüngste Regierungschefin der Welt. Mit ihrer besonnenen Reaktion auf den Terroranschlag von Christchurch entwickelte sie sich endgültig zu einem progressiven Shooting Star.

In Neuseeland selbst allerdings sieht die Lage für Ardern nicht allzu rosig aus. Die konservative National Partei liegt in Meinungsumfragen gleichauf, während der Wiedereinzug ihrer Koalitionspartner ins Parlament unsicher bleibt. Hoffnung schöpfen kann Ar-

Kann sich die liberale Heldin in Neuseeland behaupten?

den allerdings aus der Tatsache, dass in Neuseeland seit 40 Jahren noch jede Regierung zumindest einmal im Amt bestätigt wurde.

Nebeneffekt dieses Timings: Das politische Schicksal von Jacinda Ardern entscheidet sich damit fast zeitgleich zu dem von Donald Trump in den Vereinigten Staaten. So besteht für progressive Kräfte zumindest theoretisch die Hoffnung, dass eine Niederlage in Neuseeland durch den Erfolg eines neuen Hoffnungsträgers im Weißen Haus ausgeglichen wird.

In Neuseeland wie bei den übrigen anstehenden Wahlen des Jahres geht es aber nicht nur um persönliche Ambitionen, sondern letztlich ganz grundsätzlich um die Zukunft demokratischer Kontrolle in turbulenten Zeiten.

Werden Wählerinnen und Wähler verantwortungsvoll von ihrem Recht Gebrauch machen und Entscheidungsträger für ihr Verhalten zur Verantwortung ziehen? „Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen“, vermerkte der vor 70 Jahren verstorbene irische Literat George Bernard Shaw. Im Superwahljahr 2020 sollten wir uns an diese Wahrheit erinnern. Denn jede Wahl ist nicht nur ein Fest, sondern auch ein Test der Demokratie.

— Michael Bröning ist Politikwissenschaftler und leitet das Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Mit allem, was dazugehört

Warum Giffey's Fall keine Privatsache ist

VON JOST MÜLLER-NEUHOFF

Franziska Giffey hat, so viel ist klar, ein neues Problem. Kennt sie es erst seit kurzem, ist sie also selbst eine Betrogene, ist es ein ausschließlich privates, über das hier zu schweigen ist. Kennt sie es länger, was nach den Umständen angenommen werden darf, hat es sie bei ihrem Aufstieg in die erste Reihe der Bundespolitik begleitet. Dann ist es ein politisches. Natürlich haftet eine Ministerin nicht für etwaiges berufliches Fehlverhalten ihres Ehemannes. Aber den Umgang damit muss sie gestalten, zumal Karsten Giffey, genau wie sie, Berliner Landesbeamter war mit allen Treue- und Verhaltenspflichten, die zu einem Leben im Staatsdienst dazugehören.

Da wiegen die Vorwürfe – falsche Angaben zu Reisekosten – einigermassen schwer. So schwer, dass für das Disziplinargericht nur die Höchststrafe in Betracht kam, der Rauschmiss. Es dürfte unwahrscheinlich sein, dass sich das bei einer etwaigen Berufung in Luft auflöst. Insofern wird das Paar schon länger gewusst haben, was da auf es zukommen kann. Und mit ihm die Zuständigen aus der Berliner Verwaltung, die das Verfahren zu bearbeiten hatten.

Das wirft Fragen auf. Zum Beispiel, warum die Staatsanwaltschaft außen vor gelassen wurde, obwohl die Vorwürfe möglicherweise auch strafrechtlich relevant sind und dies üblicherweise vorrangig zu klären ist. Und warum hatte die Verwaltung nur eine Herabstufung des Beamten ins Auge gefasst, die dem Gericht dann nicht genügt? War es erforderliche Fürsorge oder unnötige Milde, verbunden mit der Absicht, die Angelegenheit möglichst schmerzfrei und geräuschlos zu erledigen?

Dass jeder, der mit ihr befasst war, mit der Disziplinarakte auch den Ruf einer SPD-Hoffnungsträgerin in den Händen hielt, dürfte den Beteiligten bewusst gewesen sein. Schon daran ermisst sich, dass diese Angelegenheit eine öffentliche ist, in der öffentliche Auskünfte geschuldet werden. Wer sie gibt, ist letztlich zweitrangig. Nur wahr sollten sie sein. Es wirkt unglücklich, dass die sonst zupackend auftretende Franziska Giffey und ihr Mann offenbar keine Gelegenheit finden konnten, sich dem Problem zu stellen. Spätestens die Urteilsverkündung wäre eine gewesen, ergangen nach einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, in der der Name Giffey öffentlich auf dem gerichtlichen Aushang stand. Nun sieht es so aus, als habe man alles verheimlichen wollen. Das kann so nicht klappen, will man auf den politischen Höhen bleiben, die Giffey für sich erobert hat.

Das Kapital eines Politikers in einer Demokratie ist öffentlicher Zuspriech und öffentliches Vertrauen. Giffey ihres rasch erworben. Sie hätte dieses Kapital mit einigen ehrlichen Ansagen in dieser Sache schon viel früher mal riskieren sollen. Jetzt ist der Schaden da.



SIE HABEN DEN TAGESSPIEGEL ZUR NR. 1 GEMACHT. WIR SAGEN DANKE.

Danke, dass Sie nicht nur den Bauch entscheiden lassen.

(Folge 64) Das kulinarische Berlin hat eine großartige Entwicklung genommen, über die wir jeden Samstag auf unseren „Mehr Genuss“-Seiten berichten dürfen. Ohne Ihre Neugier und Ihr Interesse an Qualität, Nachhaltigkeit und Authentizität wäre die Berliner Restaurantlandschaft nicht so wegweisend und vielfältig.

Ihr Kai Röger, Redaktionsleiter Tagesspiegel Genuss

In 75 Jahren haben Sie den Tagesspiegel zur größten Zeitung der Hauptstadtregion gemacht. Dafür danken wir Ihnen 75 mal. Welchen Dank haben wir vergessen? Schreiben Sie uns bitte an [danke@tagesspiegel.de](mailto:danke@tagesspiegel.de) oder melden Sie sich unter 030-29021-32653

